Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Marienheide für 2006

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Haupt- und Finanzausschuss				21.02.2006
Rat der Gemeinde				07.03.2006

Finanzielle Auswirkungen:

Sachverhalt:

Wie seit 1996 praktiziert, wird auch für 2006 die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern in einer gesonderten Hebesatz-Satzung vorgenommen.

Unmittelbar nach dem Ratsbeschluss kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Hebesatzsatzung im Rundblick erfolgen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Hebesätze der Realsteuern in 2006 gegenüber 2005 nicht zu verändern.

Es sind dies im einzelnen:

Grundsteuer A	295 v.H.
Grundsteuer B	391 v.H.
Gewerbesteuer	430 v.H.

Vergleichsübersicht Oberbergischer Kreis s. Anlage

Nach einer Entscheidung des Innenministeriums NRW sind Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept ab sofort davon befreit, für die Realsteuern überdurchschnittlich hohe Hebesätze festlegen zu müssen. Das war bisher die Voraussetzung dafür, dass die Kommunalaufsicht ein Haushaltssicherungskonzept genehmigte.

Künftig reicht es nach dem geänderten Handlungsrahmen für die Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten aus, wenn die kommunalen Steuerhebesätze mindestens dem Durchschnitt vergleichbar großer Kommunen entsprechen. Die jeweiligen Hebesätze bis auf den Durchschnitt der Größenklasse zu senken, erlaubt die Neuregelung jedoch nicht. Das wird erst dann möglich sein, wenn die Fehlbeträge des Verwaltungshaushaltes aus den Vorjahren abgetragen sind und der Haushaltsausgleich sowie die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde durch niedrige Steuerhebesätze nicht gefährdet wird.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Marienheide für das Haushaltsjahr 2006.

Töpfer

Marienheide, 10.Jan.2006

Anlage